Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 4000,— M., durch die Post bezogen monatlich 4000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1250,— M. Einzelnummer 150,— M. Sonnabendnummer 200,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 300,— M., auswärts 375,— M., die 4gespaltene Reklamezeile 1200,— M., auswärts 1500,—, Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 150 M.

Nr. 53 | Dresden, Sonnabend den 3. März 1923 | 34. Jahrg.

Die Macht der Tatsachen

Zur Landesversammlung

Der Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsens, der morgen in Dresden zusammentritt, wird Entscheidungen zu treffen haben, die für die sächsische Sozialdemokratie und das gesamte sächsische Volk von größter Bedeutung sind. Es gilt, einen Weg zu zeigen, der aus der schon wochenlang dauernden Regierungskrise herausführt. Die jüngsten Debatten innerhalb unsrer Reihen haben bewiesen, wie lebhaft die Genossen im ganzen Lande an der Lösung der Krisis interessiert sind und wie verschiedenartig ihre Meinungen über Mittel und Wege zur Lösung gegeneinander stehen. Auch wir haben verschiedene Ansichten zu Wort kommen lassen, haben mehreren Nuancen gleicher prinzipieller Auffassung Raum gegeben, und möchten heute noch einmal die Redaktionsmeinung, die wir unsern Lesern nicht schuldig geblieben sind, zu den Ergebnissen der bisherigen Diskussion zusammenfassend darlegen. Die Verhandlungen mit den Kommunisten sind noch nicht zu Ende geführt. Die Landesversammlung wird sich über das Maß unsrer Zugeständnisse noch zu äußern haben. Wir würden uns freuen, wenn es gelänge, zu einem weiteren und vor allem besseren Zusammenarbeiten mit den Kommunisten zu gelangen als bisher. Wir verstehen auch den Drang unsrer Anhängerschaft in dieser Richtung sehr gut. Unsre Genossen arbeiten mit den Kommunisten in der Werkstatt und an der Maschine nebeneinander. Es sind ihre Arbeitskollegen und sie erstreben mit uns gemeinsam sozialistische Ziele. Aber niemand, der die sächsische Krise nicht ins Lächerliche verschleppen will, kann sich mit dieser Feststellung begnügen, und so wird denn die Landesversammlung gleichzeitig sagen müssen, **was werden soll, wenn unser Verständigungswille nach links an den Kommunisten scheitert.**

In den Versammlungsdebatten ist gelegentlich und mit begreiflicher Schüchternheit der Vorschlag laut geworden, man solle die Regierung dann entweder den Kommunisten oder den bürgerlichen Parteien überlassen. Da beide Experimente ohne Unterstützung durch die Sozialdemokratie undenkbar sind, brauchen wir darauf wohl nicht näher einzugehen. Solche Gedanken beweisen nur die Verlegenheit derer, die nicht den Mut haben, politische Tatsachen zu sehen, wie sie sind. So bleibt denn nur noch der eine Vorschlag: Auflösung des Landtags und Neuwahlen. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich stets für Volksbefragung, da die Demokratie eben in Volksentscheidungen wurzelt. Aber Sachsens Wähler haben kürzlich erst entschieden — und seit dem November liegen keinerlei neue, wesentlichen Aenderungen der politischen und sozialen Linien vor. Die Mehrheit des sächsischen Volkes ist sozialistisch und wünscht eine sozialistische Regierung. Neuwahlen würden — so hoffen wir — das gleiche Ergebnis haben, höchstens könnten sie heute für die Arbeiterklasse ungünstiger ausfallen. Die Reaktion hat die nationalistische Stimmung hochgepeitscht und damit die politische Atmosphäre einer Wahl unheilvoll verwirrt.

Aber selbst wenn die Sozialdemokratie den Vorstoß der Reaktion abschlüge, **so würden Neuwahlen keine Lösung der gegenwärtigen Krise bringen,** denn nicht einmal die Optimisten haben zu behaupten gewagt, daß wir in einem Kampfe gegen rechts und links die Mehrheit erlangen könnten. Wir stünden also, falls nicht das Unglück einer bürgerlichen Majorität hereingebrochen wäre, erneut vor Verhandlungen mit der K. P. D. Nutzlose Experimente aber sind um so deprimierender, je öfter sie wiederholt werden. Wozu also dieser zwecklose Gang zur Wahlurne, der unsrer Partei aberhunderte Millionen und dem sächsischen Volke Milliarden kosten würde, der im besten Falle die Entscheidung nur um Monate verschleppen, die sächsische Politik lahmlegen, durcheinanderwirbeln und alles Positive verhindern würde? Es gibt ja Genossen, die da glauben, die Kommunisten würden während eines Wahlkampfes umlernen. Womit sie diese Behauptung begründen wollen, haben sie uns bisher verschwiegen. In Wirklichkeit verschärft jeder Wahlkampf die vorhandenen politischen Gegensätze. Die Hoffnung auf das Umlernen der Kommunisten war schon vor der letzten Wahl stark und hat sich, wie Figura zeigt, als trügerisch erwiesen!

Was also nach einer etwaigen Neuwahl? Wir hoffen, daß die Landesversammlung mehr Verantwortungsbewußtsein zeigt, als jene Genossen, die um diese Frage herumglitten mit dem Stoßseufzer: Ja, was nach der Wahl kommt, das werden wir dann sehen! Diese Vogelstraußpolitik wird nicht sympathischer, wenn sie, wie wir es in Dresden erlebten, von Genossen vertreten wird, die an führender Stelle stehen und **von solcher Warte** aus heute schon erkennen müßten, daß wir **nach der Wahl günstigstenfalls** vor derselben Situation stünden wie heute. Es macht den Eindruck, als scheuten manche jener Genossen, die die Aussichtslosigkeit der Wahl erkennen, davor zurück, Tatsachen auszusprechen. Wenn nämlich die Kommunisten versagen, **dann bleibt nicht einmal die Wahl zwischen dem größeren und dem kleineren Uebel,** dann bleibt nur noch ein Uebel: die Koalition mit den Demokraten. Mag man sie die verschleierte große oder die kleine Koalition nennen — keiner der Genossen hat bis heute einen andern Ausweg zeichnen können, wenn der Weg nach links ungangbar geworden sein sollte.

Wir sind keine Freunde der verschleierten großen Koalition, jedoch ihre Schattenseiten und Nachteile sind in der Debatte übertrieben worden. Die Sozialdemokratie hat die Interessen der Arbeiterschaft jahrelang wahrnehmen müssen in einer Reichsregierung, in der unsre Vertreter eine Minderheit waren. In Preußen sitzt die Sozialdemokratie seit nahezu Jahresfrist in einer Koalition mit der Volkspartei; nicht eine einzige Parteiversammlung der V. S. P. D. hat bisher unsern Austritt aus der preußischen Regierung zu fordern gewagt. Daneben halte man die sächsischen Machtverhältnisse: Wir würden in einer sozialistisch-demokratischen Koalition die entscheidende Mehrheit haben, blicken auf eine für uns erfolgreiche Wahl zurück und können doch auch etwas jenen Stützpunkten vertrauen, die wir in der Verwaltung einer wahrhaft republikanisch-demokratischen Politik geschaffen haben.

Wir verstehen die Bedenken der Gegner eines solchen Ausweges, doch um politische Tatsachen kommt man nun einmal mit Gefühlen nicht herum und mit Stimmungen allein lassen sich Probleme nicht lösen. Schließlich bekennen wir **uns doch prinzipiell zum Parlamentarismus, zum Recht der Volksentscheidungen und können uns damit nicht begnügen,** daß wir die Bindungen des „formalen Parlamentarismus", wie jüngst vom Referenten einer Dresdner Parteiversammlung erklärt wurde, nicht anerkennen. Aber wir können selbst mit einer solchen Auffassung von Demokratie und Parlament eine Koalition nach rechts nicht vermeiden, wenn die Kommunisten bei ihrer bisherigen Taktik der Agitationspolitik, des Hinhaltens und Ausweichens verbleiben.

Die Landesversammlung hat mitzuentscheiden, ob es unsre Aufgabe sein kann, Parlamentarismus und Demokratie noch mehr diskreditieren zu lassen, als sie von rechts und links bereits diskrediert wurden. Wie aber die Beschlüsse auch ausfallen mögen, sie werden für alle Teile der Partei gültig und bindend sein.

Aushungerung durch Verkehrsstillegung

Am Mittwoch der vergangenen Woche wurde in Paris von französischen und belgischen Ministern der Beschluß gefaßt, **die Eisenbahnen des besetzten Gebietes in eigene Regie zu übernehmen.** Dieser Beschluß soll jetzt durch die Rheinlandkommission „verwirklicht" werden. Es wird in Form einer Verordnung bestimmt, daß **an Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung ein französischer und belgischer Eisenbahndirektor mit gleichen Rechten die Regie des Verkehrs übernehmen sollen.** Sie haben außer der Erledigung technischer, kommerzieller und finanzieller Aufgaben, das Recht, Einberufungen von Personal vorzunehmen und kollektive oder einzelne Entlassungen zu veranlassen. Von diesem Recht werden sie Gebrauch machen, nachdem formell die deutschen Eisenbahner aufgefordert wurden, sich ihren Anordnungen zu fügen und nachdem das abgelehnt worden ist. Unter dem Vorwand der Arbeitsverweigerung wird so schließlich auch der Verkehr auf den bisher noch in Betrieb befindlichen Strecken stillgelegt und erreicht, was man will: **die restlose Stillegung des Eisenbahnverkehrs, die Unterbindung jeder Zufuhr.** Damit ergeben sich für die Abwehrfront zweifellos große Gefahren. Die Eisenbahner werden aber in ihrem Abwehrkampfe nicht wankend werden, trotz der Androhung barbarischer Strafen. Der Aufruf des Deutschen Eisenbahnerverbandes, den wir an andrer Stelle wiedergeben, beweist das.

Die deutsche Regierung hat nun die Pflicht, diese planmäßige Hungerblockade vor der gesamten Welt zu brandmarken und alle Kulturvölker von der Barbarei der Abschnürung des wichtigsten deutschen Gebietes zu unterrichten. Das kann und muß so geschehen, daß die Atmosphäre reif zu Verhandlungen gemacht wird.

Die Walküren des Nationalismus

Wir brachten gestern das Schreiben, das der französische Zweigverein der Internationalen Frauenliga an seinen deutschen Schwesterverein gerichtet hat und in dem er sich gegen den wiedererwachenden Kriegsgeist ebenso wie gegen die Politik Poincarés wendet. Eine noch schärfere Sprache führt der Zentralvorstand der Internationalen Frauenliga, der im Namen von 20 Millionen Mitgliedern an Poincaré ein Schreiben richtete, in dem er sich ebenfalls scharf gegen alle Gewaltpolitik wendet und die französische Regierung auffordert, die Frage der Reparation einem unbefangenen internationalen Gerichtshof zu überantworten.

Wir wollen hier nicht untersuchen, wie weit solche Kundgebungen von politischem Wert sind oder nicht. Der Krieg jedenfalls hat bewiesen, wie wichtig es ist, ob die Sympathien der Welt für oder wider ein Volk sind. Aber schon aus rein menschlichen und sittlichen Gründen ist es ebenso erfreulich als notwendig, daß jene ungeheure Zahl von Frauen, die die Methoden des Krieges und der Gewalt als eine Menschheitsschande verachten, sich überall, wo sie können, für den Völkerfrieden und die Völkerversöhnung einsetzen. Denn auf der andern Seite sind die Vertreterinnen des Nationalismus bemüht, an der Aufpeitschung der Kriegsinstinkte mitzuwirken, wie jene germanische Thusnelda der Legende, die den Cheruskerfürsten Arminius zum Römermassaker entflammte. So regte sich jüngst in der Deutschen Zeitung, dem Hauptorgan der Deutschvölkischen, eine „deutsche Frau" über die Frauenrechtlerin Anita Augspurg auf, weil diese in ihrer Zeitschrift ganz richtig geschrieben hatte, die passive Resistenz der Ruhrarbeiter sei „der beste Beweis für die Abwehr eines Teiles der Deutschen von jenem militärischen Gewaltgeist, der soviel Unheil in die Welt brachte und dem alten Deutschland alle Sympathien der andern Völker raubte . . ."

Gegen diese schöne Religion der Menschlichkeit schäumt die deutschnationale Vertreterin des schwachen Geschlechts:

> „Ahnen diese Frauen nicht, daß der von den Händen Schwachmütiger und zugleich Herrschsüchtiger zusammengebraute Pazifismus bereits mehr Elend, mehr Menschenleben auf dem Gewissen hat, als der bewaffnete Verteidigungswille eines Volkes je zu beklagen hätte . . ."

Drum weg mit dem „leidenden Widerstand" und drauf auf die Franzosen, wie es die schwachsinnigen Katastrophenpolitiker des deutschen Fascismus ersehnen! Der edle Pastor Maurenbrecher, der leitende Ungeist dieses Hetzorgans, bringt diese Aufreizung zum sinnlosesten Blutbad an leitender Stelle! Darum tut auch der Name der holden Fee nichts zur Sache; sie ist eine Vertreterin nationalistischer Frauenbünde und spricht im Namen vieler dieser peinlichen Sorte Frauen.

Es ist zu verstehen, wenn namentlich die gefühlsmäßiger als Männer empfindende Frauenwelt ihrer Empörung über die französischen Gewalttaten im Ruhrgebiet deutlich Ausdruck gibt. Es ist notwendig, daß auch die Frauen den nötigen Sinn für die Selbstbestimmungsrechte der eigenen Nation bekunden. Nur sind die Frauen des deutschen Nationalismus am wenigsten berufen, sich über die Gewalttaten andrer zu beklagen. Die nationalistischen Frauenbünde aller beteiligten Völker haben während des Weltkriegs das Ihrige zur Verlängerung des Massenmordes getan. Unter den Frauen waren es die sozialdemokratischen Anhängerinnen und die pazifistischer Kreise, die den Menschlichkeits- und Versöhnungsgedanken damals hoch und rein hielten. Wenn sie heute gegen jede militaristisch-nationalistische Vergewaltigungspolitik ihre Stimme erheben, so können sie es mit guter Wirkung und geraden, klaren Blickes tun.

Das zur politischen Seite des Falles; noch wichtiger jedoch erscheint uns die menschliche, sittliche. Eine Roheitswelle, erzeugt vom Weltkrieg, brandet über Europa. Auch die Kommunisten haben zuviel davon geschluckt. Der Gewaltkimmel, der elend Schiffbrüchige, hält noch immer Millionen Seelen suggestiv im Banne. In dieser Zeit ist es mehr denn je die edelste Aufgabe der Frau, ihrem Geschlecht, ihrer ewigen Aufgabe treu zu bleiben. Sie ist die Gebärerin, sie ist die Erhalterin des Lebens. Alles, was auf Vernichtung, Mord, Massaker ausgeht, muß ihr zuwider sein, wenn sie ihrem Wesen, ihrer ewigen Mutteraufgabe treu bleiben will. Mag sein, daß der Kampf notwendigerweise Haß erzeugt; mag sein, daß der Haß den Mann leicht zu gewaltsamer Tat drängt. Die Frau aber sollte sich immer — im Kampfe der Klassen wie im Streit der Nationen — bemühen, den Haß zu entgiften und sich vom Blutrausch frei zu machen. Für sie gilt das Wort Antigones, jener großen Frauengestalt der griechischen Tragödie: „Nicht mit zu hassen, mit zu lieben bin ich da!"

Gerade die sozialdemokratische Frau, gerade die Proletarierin hat im Ringen ums Dasein schwer zu leiden. Sie wird in den Kampf für eine bessere Zukunft hineingestoßen, ob sie will oder nicht. Aber wenn es nach uns geht, soll der Kampf jeder Art von Gewalttätigkeit befreit und auf die Wahlstatt des Geistes, der Idee, der friedlichen Volksentscheidungen verwiesen werden. Nichts Widerlicheres als diese Walküren, die sich während des Krieges an „toten Helden" berauschten! Nichts Ekelhafteres als diese blutriefenden italienischen Schwarzhemdlerinnen, die gegen unbequeme Gegner mit dem Revolver vorgingen, wie es die männlichen Fascisten nicht rüder vermochten. Nichts weiblich Unnatürlicheres als diese modernen Thusnelden aller Länder, die sich für neuen Massenmord begeistern — und dem Volke im übrigen die Religion erhalten wissen wollen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230303/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG